

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Räsdorf, St. Egidien, Behrisdorf, Marienan, den Müllengrund, Ruhlennappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtsige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtsige 2,00 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckort: Lichtenstein-Callnberg. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck-Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 138

Mittwoch, den 15. Juni 1921

71. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Eine deutsch-nationale Anfrage im Reichstage erkundigt sich, welche Schritte die Regierung beabsichtigt, um den durch die polnischen Insurgenten in Oberschlesien verursachten Schaden den davon betroffenen deutschen Staatsangehörigen voll und ganz zu ersetzen.

Die Bemühungen der Münchener Polizei, zum Tode des Abg. Gareis bald Klarheit zu schaffen, werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bald Erfolg haben. Man ist einer bestimmten Spur auf dem Wege. Wahrscheinlich handelt es sich gar nicht um einen politischen Mord.

Als Nachfolger für den ermordeten Gareis kommt im bayerischen Landtage auf der unabhängigen Liste Ernst Toller in Frage, der sich zur Zeit in Kiewischensfeld in Festungshaft befindet; er hat bereits 2 Jahre von seiner fünfjährigen Festungshaft verbüßt.

Das Reichstagenhaus hat am Montag die Vorlesung der Resolution, die die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vorsieht, angenommen.

Nach einer Meldung aus Opatowitz sollen französische Jäger-Abteilungen aus der Gegend von Vit-Rolle gegen deutschen Selbstschutz vorgegangen sein. Es soll zu Vorpostenkämpfen gekommen sein, bei denen auf beiden Seiten einige Verluste zu verzeichnen gewesen seien.

Sächsischer Landtag.

(S. Z.) Dresden, 14. Juni.

Präsident Fröhlich eröffnete kurz nach 1 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß die Regierung die Vorlage, die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig, zurückgezogen habe. Sie bittet, von einer weiteren Beratung abzusehen.

Die Vorlage über weitere Änderungen im Besoldungswesen wird auf Vorschlag des Präsidenten ohne Aussprache an den Besoldungsausschuss verwiesen.

Als erster Punkt steht die Abstimmung über die Anträge zur Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über Änderungen im Polizeiwesen auf der Tagesordnung. Die letzte Beratung hatte bereits in der letzten Sitzung stattgefunden. Paragraph 1 der Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten, die übrigen Paragraphen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten mit den vorgeschlagenen Änderungen des Rechtsausschusses angenommen.

Abg. Dr. Wagner (Dnt. Sp.) bezeichnet es als einen Hohn auf den Parlamentarismus, daß die Unabhängigen die Vorlage ihres eigenen Ministers abgelehnt haben, während die übrigen Parteien ihr zugestimmt haben.

Der Antrag Eberle, über den ebenfalls im letzten Sitzungsbericht berichtet worden ist, wird angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag betreffend den

Übertragung der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich wird in zweiter Beratung ohne Aussprache mit den vom Rechtsausschuss vorgeschlagenen Änderungen einstimmig angenommen.

Der Antrag des Rechtsausschusses, in dem gebeten wird, das Kultusministerium zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, in der

die Wahlbureau für die Elsterkreise auf ein Jahr festgesetzt wird, wird ebenfalls einstimmig ohne Aussprache angenommen.

Schluss der Sitzung 2,2 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. Juni, mittags 1 Uhr. — Tagesordnung: Kleine Anfragen, zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Ruhegehälter der Staatsbeamten, Staatsbank, Erhöhung des Betriebskapitals der Staatsbank, Nachtrag zum Finanzgesetz, Vermögensstand der Altersrentenbank.

Die Entlassung Porter.

Newport, 14. Juni. Im Repräsentantenhaus stimmten 49 Demokraten und 1 Republikaner gegen die Resolution Porter, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Einer der Unterschiede zwischen der Resolution Porter und der Resolution Anox ist der, daß die letztere den Vereinigten Staaten ausdrücklich alle Rechte vorbehält, die sie auf Grund des Waffenstillstandes erworben haben, und bestimmt, das beschlagnahmte deutsche und österreichische Eigentum solle beschlagnahmt bleiben, bis die Verträge in beiden Ländern ratifiziert sind. Depeschen aus Washington besagen, es werde

Die Getreidewirtschaft im Reichstag.

Berlin, 14. Juni.

Die Sitzung beginnt um 2 Uhr. Haus und Tribünen sind nur mäßig besetzt. Am Ministerisch Gradnauer.

Präsident Eberle teilt mit, daß ein weiteres Mitglied des Reichstages, Abg. Bias (Soz.) aus Beuthen, von den Polen vertrieben worden ist. Der Reichsfanzler hat das amtliche Material darüber noch nicht vorliegen, Graf Prajma (den deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz) aber sofort mit der Einleitung von Schritten bei der Interalliierten Kommission beauftragt. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt

Abg. Crispian (Unabh.), eine Interpellation seiner Partei über die Ermordung des Abg. Gareis und die Aufhebung und Entzweiung der Orgele-Organisationen auf die Tagesordnung zu setzen. — Widerspruch erhebt sich nicht. — Minister Gradnauer erklärt, daß noch Verhandlungen mit den Regierungen der Länder schweben, vor deren Abschluss eine Antwort nicht möglich sei. Diese Antwort werde aber noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Auf eine Anfrage des Abg. Fehrm. v. Leersner (D. Sp.) wegen der Gefangenen in Avignon wird regierungsseitig geantwortet, daß noch 115 Gefangene sich in Avignon befinden. Auf Intervention der Reichsregierung sind bislang 14 Gefangene davon entlassen worden. Zu einem weiteren Entgegenkommen hat sich die französische Regierung noch nicht bestimmen lassen. Die Lage der Gefangenen ist gut; die jeßliche Bedrückung nimmt aber mit der Länge der Haft zu. Die Regierung hofft, daß die Protestversammlung in Berlin dazu beitragen werde, die französische Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Auf eine Anfrage wegen Wiedereinführung der Frauenabteile bei der Eisenbahn wird entgegnet, daß diese Abteile ab 1. Juli zunächst in den D-Zügen wieder eingeführt werden sollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Semmler (Dnt.) bezüglich des Waldenburger Kohlenpreises wird regierungsseitig geantwortet, die Regierung halte an dem von den Arbeitern abgelehnten Schiedsspruch fest, und es sei gelungen, nunmehr eine Einigung herbeizuführen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Regelung des

Verkehrs mit Getreide.

Der Entwurf sieht eine Umlage von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung vor.

Ernährungsminister Hermes betont die Notwendigkeit der Sicherstellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erzwinglichen Preisen. Wir brauchen in diesem Jahre 3,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide. Das ist auf dem bisherigen Wege nicht möglich. Aber auch eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft kann noch nicht unternommen werden; denn durch die Anpassung an den Weltmarktpreis würden die Preise für Mehl und Brotgetreide sich stark erhöhen. Ein künstliches Niederhalten der Preise durch Reichszuschüsse ist praktisch undurchführbar. Es wären hierzu 14 bis 15 Milliarden Mark erforderlich. Allerdings müssen wir zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres einen Vorrat haben, wenn wir nicht wieder zum Frühdrück greifen sollen. Die inländische Vieherzeugung scheint den Bedarf decken zu können, ebenso die Karloffelerzeugung, nicht aber die Getreideerzeugung, und sichere Anzeichen über ihre Erhöhung über den Friedensstand hinaus liegen noch nicht vor. Wir sind somit gewissermaßen auf dem negativen Weg zu dem Um-

lageigstem gekommen. Wir erkennen gern seine Schwierigkeiten an. Wir sehen in dem Umlagesystem den besten Übergang zur freien Wirtschaft, eine Förderung der Produktion und das Ende des Schleichhandels. Der Aufgabentkreis der Reichsgetreidestelle findet, abgesehen von dem Fortfall der Mühlenkontrolle, auch dadurch eine Einschränkung, als die Hälfte abgebaut werden kann. Der Handel findet eine Erweiterung. Für die Erfüllung der Umlage haftet der Erzeuger dem Kommunalverband, dieser dem Lande und dieses dem Reiche. Die Preisgestaltung hängt von der Lage der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Mehles ab. Angefordert werden für diesen Zweck im laufenden Jahre 10—15 Milliarden Mark. Hier kann nur schrittweise abgebaut werden, wenn nicht schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens eintreten sollen. Hand in Hand mit dem Abbau müßte eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter gehen. Somit müssen wir Brot- und Mehlpreise auf einer erträglichen Höhe halten.

Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Getreidewirtschaft wird mit dem Entwurfe verbunden. Inzwischen ist eine größere Anzahl von Änderungsanträgen eingegangen. Ein Antrag Döschke (D. Sp.) fordert glatte Ablehnung und Einführung der freien Wirtschaft, ein Antrag Dr. Herz (Unabh.) Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit Maßnahmen zur besseren Erfassung der Getreidemengen.

Abg. Eder v. Braun (Dnt.) lehnt im Namen der Landwirtschaft die Vorlage der Regierung ab. Wenn die Regierung so lange mit der Wiedereinführung der freien Wirtschaft warten wolle, bis unsere Landwirtschaft den Inlandsbedarf decken könne, werde sie lange warten können. Nur die freie Wirtschaft kann den Interessen der Konsumenten entsprechen. Somit erwarten wir auch nichts von dem Umlageverfahren, zumal die Frage der Selbstversorgung und Deputate nicht genügend geklärt ist. Nur die freie Wirtschaft befreit uns von dem Schieberhandel. Auch im Wege des freien Handels hat die Regierung die Macht, den Brotpreis auf einem niedrigen Niveau zu halten. Sie muß nur verhindern, daß deutsches Getreide ausgeführt wird und für eine Verbilligung des Auslandsgetreides sorgen. Die Umlage verletzt das Rechtsgefühl der Landwirtschaft und wird keinen Erfolg haben. Die Erhöhung der Erzeugung kann nur auf dem Wege der freien Wirtschaft erfolgen.

Ab. Schmidt-Röpenid (Soz.): Wir müssen die Beibehaltung der Zwangswirtschaft fordern, denn die geplante Umlage wird ihren Zweck nicht erfüllen. Diejenigen, die ihre Pflicht nicht tun, weder brach liegen lassen, gegen die Pflanzentransaktionen nicht vorgehen usw., müssen eben zur Pflichterfüllung gezwungen werden. Wenn der Sprung in die freie Wirtschaft noch nicht gewagt werden kann, dann muß auch das Nötige durch Gesetze erfaßt werden. Dazu reicht aber die Vorlage nicht aus. Der Widerstand der Rechten gegen den Achtundtag ist nicht berechtigt. Im Auslande erhebt man für die Arbeiterkassen ähnliche Erfolge. Unsere Arbeiterkassen sind aber bereit, mit der Landwirtschaft sich in dieser Frage zu verständigen. Die Beratung dieser Materie wird sodann abgebrochen und der Gesetzesentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung ohne Debatte an den sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr: Kleine Vorlagen, darunter Änderung des Wehrgesetzes und Weiterberatung. — Schluss gegen 6 1/2 Uhr.

Die Resolution stimmte, erklärte, einer der ersten Schritte, der dem Inkrafttreten der Resolution folgen würde, würde die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland sein.

Am Sonnabend wurde bereits mit 206 gegen 105 Stimmen beschlossen, daß keinerlei Änderungen an dieser Resolution Porter angenommen werden sollen. Diese Abstimmung ist ein langwieriger Kampf zwischen Senat und Repräsentantenhaus aus. Bei Eröffnung der Debatte erklärte das Mitglied des Repräsentantenhauses, Porter, daß Deutschland keine Resolution annehmen werde, und es sei zu hoffen, daß auch die Alliierten den Vereinigten Staaten helfen werden, daß diese Resolution ins Leben tritt. Er erklärte, diese Resolution solle in keiner Weise eine Desertion

großes Kapital zur des Risiko zu verz. Aber auch dieser dem ersten Geldgeber unter nicht wählten. wanzig Mal Beträge und ebenso oft ver- Geldgeber, zum Teil waren umso williger, und mehr versprach- me, daß es keinen

ifen". Vor einigen namens Riffim Pce- hweiz reifen wollte. en und wies einen äck war mit Siegeln versehen. Presenti bismuggel gewerb- mende fremdländische omatenpaß zur Ver- lung des angeblichen Bulgare Stelle fernet k Geld enthalten sel, wöß Millionen öster- chzeitig, daß dieses ften Auftrag er reise. s" stellte sich aber onen 200000 Kronen wählten Gesandten, haben, und erzählte gnis der Schmuggel- per in der Wohnung egenommen, und es aus denen hervor- "Kutierreise" um muggels handelt, die sführte.

Die alte Thüringer Anstaltisch nochwert- n aber gar nicht in im Spekulant auf- wuß.

r Freiherrlich Raß Hattenheim wurde gewesene Preis von runner Edelbetrans- capreis von etwa

Wert einer Sache beweisen auch die Südpolze Amerikas, e einen Stein, denn Reiten eine so große Bilden dieser Länder in ist, ja, sie haben zwei Männer eines zum und zum ersten- über ihre Bewunde- ne auf und beluden n. So macht uns ere wertlos, die unter infere Bewunderung

den deutschen werden sollen, | Sonderwün- | gungen wurde 0000 Gubit.

11 Uhr Kindheit

Bankhaus Heine, Lichtenstein-Callnberg.

11,76	13,8
27,50 %	77,50 %
24,25	94,50
22,-	75,25
18,-	67,75
15,25	75,25
17,875	58,-
14,75	73,75
17,25	77,-
37,-	87,-
29,50	99,50
39,50	88,75
3,-	103,-
37,-	97,-
49,50	450,-
30,-	710,-
52,-	257,-
36,50	311,50
20,-	550,-
40,-	550,-
55,-	288,-
26,-	325,-
29,50	229,50
12,50	177,50
24,125	184,-
91,-	295,-
20,-	790,-
20,-	440,-

Grif, 95,85 %

2252,35

288,80

386,40

1201,80

72,38

569,80

1041,06

1589,10

565,80

14,72

116,15